

Keine Chance für eine Erhöhung

Der Kantonsrat gibt der Regierung freie Hand beim Entscheid, wo sie Personalkosten von 1,39 Millionen Franken einsparen will.

von Sina Bühler

Das das Parlament den Budgetvorschlag der Regierung nicht einfach so durchwinken würde, war klar. Ebenso klar war aber, dass die Fraktionen eigentlich nicht mehr über jede einzelne Stellenkürzung streiten wollten, wie dies in den vergangenen Jahren mehrfach passiert war. Als Erstes beriet das Parlament deswegen den Vorschlag der Regierung, die Kürzungen der Finanzkommission (Fiko) pauschal und in Eigenverantwortung umsetzen zu können. Der von der Fiko gekürzte Personalaufwand betrug insgesamt 1,386 Mio. Die Regierung schlug vor, exakt diesen Beitrag einzusparen, dabei aber selber entscheiden zu können, wo. Ein Vorschlag, der vom Parlament klar angenommen wurde.

Und obwohl kurz zuvor beschlossen worden war, die detaillierte Handhabung der Personalkredite in die Hand der Regierung zu geben, stellte die SP/Grünen-Fraktion dann doch einzelne Stellen zur Diskussion – allerdings nicht mit der Idee, diese zu streichen, sondern diese zu schaffen beziehungsweise zu verstärken. Die übrigen Fraktionen lehnten dies ab. Und Yvonne Suter (CVP, Rapperswil-Jona) argumentierte, dass eine parlamentarische Ablehnung der von Links vorgeschlagenen Stellen sogar kontraproduktiv sein könnte: «Wenn das Parlament jetzt explizit Nein sagt, hat die Regierung danach keinen Spielraum mehr, diese trotzdem zu schaffen.» Die Linke hielt daran fest, war aber chancenlos. Die Mehrheit des Kantonsrates lehnte es ab, für Arbeitsmarktinspektionen, im Baudepartement, im Strafvollzug, in der Kantonsarchäologie, für Zivilschutz und Militär oder für die Notrufzentrale zusätzliches Geld auszugeben. Die Regierung selber scheiterte mit einem Antrag auf mehr Personal im Asylwesen ebenfalls.

Auch Kürzungsanträge fanden nicht immer eine Mehrheit. Das Parlament lehnte beispielsweise den Antrag der SVP ab, die eine Viertelmillion Franken bei den Geschwindigkeits-Messanlagen der Kantonspolizei sparen wollte. Der Vorschlag der FDP fand hingegen Zustimmung: Den Lehrpersonen an Berufsfach- und Mittelschulen wird die Entschädigung für Informatikmittel wieder gestrichen. Es geht um 150 Franken pro Lehrerin und Lehrer, insgesamt um 262300 Franken im Jahr. Regierungsrat Stefan Kölliker wehrte sich vergebens, dass die Lehrpersonen für ihre Arbeitsmittel auch bezahlt würden. Es gehe dabei um einen Deal, der mit den Lehrpersonen abgeschlossen worden sei und der wesentlich günstiger sei: «So muss die zwingend notwendige Infrastruktur nicht vom Kanton selber beschafft werden. Aber sie muss entschädigt werden.»

Über Mietkosten wurde ebenfalls diskutiert. Die FDP wollte 155000 Franken Miete für das Verwaltungsgericht streichen. Dieses brauche keine neuen Räume, Beat Tinner (FDP, Wartau) meinte sogar, er habe selber gesehen, dass es in den bisherigen Räumlichkeiten noch Platz habe. Die FDP zog diesen Antrag dann wieder zurück, forderte die Departemente aber auf, nicht benutzte Räume generell zur Untervermietung freizugeben.

Können, wollen und dürfen

Das Budget für das kommende Jahr ist unter Dach und Fach. Was die Sarganserländer Kantonsräte dazu sagen.

eine Umfrage von Reto Neurauter

Valentin Rehli (CVP, Walenstadt): Wesentlich für den Voranschlag 2017 ist der «Aufgaben- und Finanzplan 2017–2019». Obwohl der Kantonsrat die Budgethoheit besitzt, sind die finanzpolitischen Grundlagen mit den darin gemachten Vorgaben entscheidend. Die Finanzkommission leistet grosse Vorarbeit und versucht zusammen mit der Regierung, ein ausgeglichenes sowie ein schuldenbremsenkonformes Budget zu erreichen. Die Balance zwischen strukturellen bzw. gebundenen Ausgaben, einer stabilen «Staatsquote» (der Kantonsrat hat eine Plafonierung verlangt!) sowie einem gleichbleibenden Steuersatz zu erreichen, ist anspruchsvoll. Voraussetzung für das relativ optimistische Budget 2017 ist eine leicht verbesserte Konjunktur (Arbeitsmarktlage!). Der Kantonsrat hat am vorgelegten Budget mehrere Korrekturen angebracht. Gesamthaft bin ich mit dem nun vorliegenden Resultat zufrieden.



Jens Jäger (FDP, Vilters): Die Staatsfinanzen des Kantons St. Gallen sind immer noch unter starkem Druck. Der Kantonsrat hat die Aufgabe, das Budget für die Regierung vorzugeben, in dem sie sich bewegen kann. Es kann nicht sein, dass das Parlament sich um die Besetzung von einzelnen Stellen kümmern muss. Die Regierung muss mit dem vorgegebenen Kostendach des Personalaufwandes auskommen und untereinander oder innerhalb des eigenen Departementes die Prioritäten setzen. Wichtig ist, dass der Wirtschaftsstandort St. Gallen zwingend mehr gefördert wird, um so auch zusätzliche Steuern zu generieren. Unser aller Ziel muss es sein, aus einem Nehmerkanton zu einem Geberkanton zu werden.



Thomas Warzinek (CVP, Mels): Steuerfuss, Staatsquote und Staatsbeiträge im Amt für Kultur wurden nicht erhöht. Zudem werden aus dem freien Eigenkapital erstmals seit 2008 keine Mittelbezüge budgetiert. Obwohl das Budget Schuldenbremsenkonform ist, muss das operative Defizit von 63,7 Millionen kritisch erwähnt werden. Die Regierung hat den vorgegebenen Plafond des Personalaufwandes bei maximal 720 Millionen Franken mit einer Überschreitung um 12,4 Millionen nicht eingehalten. Dies hat der Rat konsequent korrigiert. Allerdings trägt auch der Kantonsrat Verantwortung für die Budgeterhöhung. So verursachte der von ihm erhöhte Ressourcenausgleich im Finanzausgleich Mehrkosten von 3,9 Millionen jährlich. Auf Betreiben einer Mehrheit von SVP, FDP und SP und gegen den Willen der CVP/GLP-Fraktion entsteht auch die skurrile Situation, dass durch die Verwaltungsjustizreform ein personeller Ausbau



durchgeführt, die nötige Finanzierung jedoch verwehrt wurde.

durchgeführt, die nötige Finanzierung jedoch verwehrt wurde.

Joe Walser (SP, Sargans): Es liege ein Schuldenbremsenkonformes Budget vor und die Staatsquote könne stabil gehalten werden, erklärte der Finanzchef Beni Würth zufrieden. Er gab jedoch zu, dass der Regierung bei den Personalkosten in der Berufsbildung ein Planungsfehler von 6,7 Millionen unterlaufen sei. Weil dadurch die Plafonierung von 720 Millionen Personalkosten nicht eingehalten wurde, hat die Finanzkommission alle beantragten Stellen der Regierung zurückgewiesen, egal, ob diese ausgewiesen waren oder nicht. Die drei bürgerlichen Fraktionen haben deshalb alle Anträge der SP, doch noch einige dringend benötigte Stellen zuzulassen, abgelehnt. Nicht einmal ein eindringlicher Appell des Verwaltungsgerichtspräsidenten Beda Eugster konnte sie vom Streichkonzert abbringen. Auch ein Antrag der SP um eine Lohnerhöhung von 500 Franken pro Jahr für das Staats- und Lehrpersonal wurde abgelehnt. Mittels einer globalen Lohnkostensteuerung hat der Rat der Regierung doch noch einen leichten Handlungsspielraum gegeben und auch refinanzierte Stellen ermöglicht.



Christoph Gull (SVP, Flums): Dies war meine erste Budgetdebatte. Mit dem Ergebnis bin ich zufrieden. Erstaunt bin ich allerdings über die detaillierten Beratungen im Kantonsrat über einzelne Stellen und Konti. Gar enttäuscht bin ich von der Regierung: Die Verwaltung muss unter Berücksichtigung des finanzpolitischen Umfeldes fit und schlank gehalten werden. Fett setzt sofort an, wenn Prozesse nicht regelmässig optimiert und Leistungen auf ihre Notwendigkeit hin hinterfragt werden. Hier kann nach wie vor von der Privatwirtschaft gelernt werden, und ich wünsche mir diesbezüglich mehr Gestaltung statt Verwaltung von der Regierung. Mit blossen Umlagerungen ist noch nichts gespart!



Jörg Tanner (GLP, Sargans): Mit der Beratung des Budgets bin ich zufrieden. Die Vorgaben des Kantonsrates mit der Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplanes 2017–2019 wurden grossmehrheitlich eingehalten. Positiv zu bewerten ist, dass der Kantonshaushalt stabilisiert werden konnte, und somit sind erstmals seit 2008 keine Bezüge aus dem freien Eigenkapital vorgegeben. Das Ausgabenwachstum liegt unter dem erwarteten Wirtschaftswachstum, womit die Staatsquote nicht erhöht wird. Die Vorlage der Plafonierung des Personalaufwandes auf 720 Millionen konnte die Regierung nicht einhalten. Entsprechend musste der Kantonsrat mit einem Kompromissvorschlag entgegenwirken. Sorge bereitet mir die Entwicklung der



Staatsbeiträge. Entsprechende Massnahmen gegen ein stetiges Wachstum in diesem Bereich sind durch Regierung und Kantonsrat auszuarbeiten. Ausserdem überrascht mich die Haltung gewisser Parteien. Sie verabschieden Verwaltungsjustizreformen und damit den zusätzlichen Stellenbedarf, genehmigen dann aber den entsprechenden Kredit für die Stellenbegehren nicht. Die CVP/GLP-Fraktion hatte hier eine klare Haltung und unterstützte die Reform nicht und in der Konsequenz auch nicht den notwendigen Kredit.

Markus Bonderer (SVP, Vättis): Ich möchte zuerst das Positive erwähnen: Wir haben heute das erste Budget seit einigen Jahren verabschiedet, welches ohne Bezüge aus dem freien Eigenkapital auskommt. Über dieses positive Signal bin ich erfreut. Einige Abläufe und Meinungen zu dieser Debatte sind aber immer noch sehr fraglich und schwer nachvollziehbar. Im vergangenen Jahr wurde klar bestimmt und auch im AFP dementsprechend definiert, dass der Rat nicht mehr über jede Stelle stundenlang debattieren möchte und auch nicht soll. Wenn aber der Rat eine Obergrenze des Personalaufwandes beschliesst und diesen auf 720 Millionen festlegt, soll dies auch so umgesetzt werden! Wenn man dann aber trotzdem feststellen muss, dass nicht einmal ein Jahr vergeht und diese Zahl vergessen ist, kann man sich schon fragen, was unsere Beratungen für einen Sinn ergeben. Der festgelegte Betrag wurde klar um- und übergangen! Grundsätzlich kann man immer irgendeine Begründung für Budgeterhöhungen finden – wenn man unser System so ausloten will. Wir müssen uns nun vorwerfen lassen, dass wir die Aufgaben angeblich nicht klar genug definiert hätten. Wir nehmen uns deshalb an der eigenen Nase und werden für die Debatte AFP in der Februarsession unsere Arbeit klar überdenken. Mein Fazit der Budgetsitzung fällt aus den genannten Gründen etwas durchgezogen aus. Auf der anderen Seite finde ich es aber sehr schade, dass nicht mehr Wirtschaft im Kanton gelebt wird! Ich bin gespannt, wie wir dies im nächsten Jahr gestalten können.



Walter Gartmann (SVP, Mels-Mädris): Als Mitglied der Finanzkommission bin ich enttäuscht, dass die Regierung sich nicht an die Vorgaben, welche wir letztes Jahr gemeinsam beschlossen haben, gehalten hat. Wir haben vereinbart, dass nicht mehr einzelne Stellenbegehren an den Rat gestellt werden müssen, sondern ein Personalplafond mit 720 Millionen zur Verfügung gestellt wird, in dem sich die Regierung frei bewegen kann. Dies ist üblich und kann man auch von einer Geschäftsleitung erwarten. Nun legte uns die Regierung eine Überschreitung von 12 Millionen vor! Dies geht nicht, und deshalb mussten wir schon in der Fiko beantragen, alle zusätzlichen Stellen zu streichen. Das Gejammer, dass man immer gegen neue Stellen und Lohnerhöhungen ist, kann ich nicht mehr hören. Die Kantonsangestellten haben



zum einen gute Löhne und einen sicheren Job, und auf der anderen Seite ist es lächerlich, bei einem Budget des Kantons von 5 Milliarden von grossen Sparübungen zu sprechen, wenn man lediglich 3 bis 4 Millionen mit Streichungen von unnötigen Übungen erreicht. Wir sind gefordert und müssen Massnahmen zur Bereinigung des strukturellen Defizits der Regierung aufzeigen.

Daniel Bühler (FDP, Bad Ragaz): Ich bin teilweise zufrieden mit dem Budget 2017. Die finanzielle Lage des Kantons bleibt sehr angespannt. Vor allem auf der Ausgabenseite werden weiterhin zu wenig Bemühungen gemacht, um das strukturelle Defizit im Kanton zu beseitigen. Der kantonale Steuerfuss bleibt weiterhin unattraktiv hoch im Vergleich zu anderen Ostschweizer Kantonen. Es ist absolut richtig, dass die Personalkosten plafoniert werden. Welche Stellen aufgehoben und welche Aufgaben wie zu bewältigen sind, ist Aufgabe der Regierung, dies operativ umzusetzen. Mehrere Stellen für die Polizei wurden bereits früher bewilligt, was richtig ist. In Bezug auf die Gebühren und Abgaben hat die FDP-Fraktion einen Vorstoss eingereicht und verlangt von der Regierung volle Transparenz. Es darf nicht sein, dass der Kanton überhöhte Gebühren einnimmt und dadurch andere Verwaltungszweige subventioniert. Gebühren dürfen keine versteckten Steuern sein und zu Umverteilungen führen. Fazit: Die Finanzlage beim Kanton St. Gallen ist kritisch. Nur dank einmaligen Effekten (z.B. Bezüge aus Eigenkapital oder Gewinnausschüttung der Nationalbank) waren die letzten Jahresabschlüsse einigermaßen akzeptabel.



Christof Hartmann (SVP, Walenstadt): Ein Minus von 38 Millionen Franken beantragte die Regierung für das Budget 2017 – also gerade noch so «schuldenbremsenkonform». Dank den Anträgen der Finanzkommission, die im Kantonsrat durch Mitte-Rechts unterstützt wurden, konnten zusätzliche vier Millionen eingespart, respektive nicht neu ausgegeben werden. Nicht zu vergessen der Bezug aus dem besonderen Eigenkapital von 26 Millionen. Der Kanton St. Gallen hat also ein operatives Minus von 60 Millionen! Dies ist mittel- und langfristig nicht akzeptabel und hier gilt es, den Hebel anzusetzen. Als Mitglied der Finanzkommission nehme ich diese Verantwortung gerne war.



«Die bürgerlichen Parteien haben alle Anträge der SP, einige dringend benötigte Stellen zuzulassen, abgelehnt»

Joe Walser
SP-Kantonsrat, Sargans